



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 17.10.2008
SEK(2008)2641 endgültig

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Anhänge zur Mitteilung

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS
DER REGIONEN**

**Die EU, Afrika und China: Auf dem Weg zum trilateralen Dialog und zur trilateralen
Zusammenarbeit**

{KOM(2008)654}

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	3
Anhang 1: Zusammenarbeit im Bereich Frieden und Sicherheit	4
Anhang 2: Infrastrukturpartnerschaft	6
Anhang 3: Partnerschaft zur Förderung der Umwelt und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen	9
Anhang 4: Partnerschaft zur Förderung der Ernährungssicherheit und der landwirtschaftlichen Produktion	12
Anhang 5: Abkürzungsverzeichnis	15

Einleitung

Das erneuerte große Interesse sowohl Europas als auch Chinas an Afrika hat Fragen und Erwartungen bezüglich der Art und Weise mit sich gebracht, in der sich Europa und China gemeinsam für und in Afrika engagieren wollen. Auch wenn eine gewisse Konkurrenz herrscht, besteht Raum für eine Zusammenarbeit.

KASTEN 1: Die Beziehungen EU-Afrika und China-Afrika auf einen Blick:

	EU-Afrika	China-Afrika
Handel	<p>Gesamtwert 2007: 232 Mrd. EUR</p> <p>23 % der EU-Importe aus Afrika betreffen verarbeitete Erzeugnisse und 11 % Nahrungsmittel- und Agrarerzeugnisse. Die EU ist größter Exportmarkt für afrikanische Produkte. Rund 85 % der Baumwoll-, Obst- und Gemüseexporte Afrikas gehen in die EU.</p> <p>2007 importierte die EU aus Afrika Öl im Wert von 62,5 Mrd. EUR, wovon 18,9 Mrd. EUR (30 %) aus Subsahara-Afrika stammten. Die wichtigsten Partner der EU sind Libyen, Algerien und Nigeria.</p> <p>Die ärmsten Entwicklungsländer Afrikas profitieren von einem zollfreien Marktzugang für „Alles außer Waffen“.</p>	<p>Gesamtwert 2007: 53,6 Mrd. EUR</p> <p>71,8 % aller Importe aus Afrika betreffen Brennstoffe und Öl.</p> <p>2007 importierte China aus Afrika 32 % seines Ölbedarfs im Wert von 19 Mrd. EUR, wovon 17 Mrd. EUR (90 %) aus Subsahara-Afrika stammten. Die wichtigsten Partner Chinas sind Angola, Sudan und Kongo.</p> <p>China hat die Zölle für 450 Arten von Erzeugnissen aus den 29 ärmsten Entwicklungsländern Afrikas abgeschafft.</p>
DI	<p>Die Direktinvestitionen der EU in Afrika beliefen sich für 2005 und 2006 auf 28,124 Mrd. EUR.</p>	<p>Schätzungen zufolge haben sich die Gesamtinvestitionen chinesischer Firmen von 6,27 Mrd. USD im Jahr 2005 auf 12 Mrd. USD im Jahr 2006 verdoppelt.</p>
ODA insgesamt	<p>2006 gewährte die EU (Mitgliedstaaten und Europäische Kommission) Afrika insgesamt 62 % ihrer bilateralen, regional zugewiesenen Entwicklungshilfe und stellte mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungshilfe für die Region bereit.</p> <p>Schuldenerlass der EU-Mitglieder des DAC für Afrika im Jahr 2006: 9,7 Mrd. EUR.</p>	<p>China veröffentlicht keine Zahlen in diesem Bereich. Seine Entwicklungshilfe, die in etwa der DAC-Definition der ODA entspricht, wird auf rund 1,5 Mrd. USD jährlich geschätzt.</p> <p>China erließ im Jahr 2006 31 afrikanischen Ländern Schulden von insgesamt 1,4 Mrd. USD.</p>
Friedensmissionen	<p>Die EU hat als neues Instrument für die Finanzierung von Friedensmissionen die Friedensfazilität für Afrika eingeführt, die in den Zeiträumen 2004-2007 und 2008-2010 jeweils mit Mitteln von 300 Mio. EUR ausgestattet ist.</p> <p>Die EU hat im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf Antrag der VN, der AU oder afrikanischer Länder 8 Friedensmissionen in Afrika durchgeführt.</p>	<p>Derzeit nehmen insgesamt mehr als 1 300 chinesische Soldaten an den Friedensmissionen der VN in Afrika teil.</p>

Anhang 1: Zusammenarbeit im Bereich Frieden und Sicherheit

Die trilaterale Zusammenarbeit könnte dazu beitragen, dass die Partner die Prioritäten und Maßnahmen der anderen Seite besser kennenlernen und verstehen und zudem Gelegenheit bieten, die Wirksamkeit verschiedener Ansätze in den Bereichen Präventivdiplomatie, Krisenmanagement, Wiederaufbau nach Konflikten, menschliche Sicherheit, Klima, Ernährungssicherheit sowie mögliche weitere Sicherheitsbedrohungen zu erörtern.

KASTEN 2: Frieden und Sicherheit

Was tut Afrika?

Seit 2002 hat sich die Afrikanische Union (AU) schrittweise zu einem wichtigen politischen und sicherheitspolitischen Akteur entwickelt, der sich an konkreten Maßnahmen zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten beteiligt.

Mit Blick auf eine strukturelle und langfristige Antwort auf die friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen auf dem Kontinent wird derzeit eine umfassende Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) ausgearbeitet. Zu den verschiedenen Komponenten und Strukturen der APSA gehören unter anderem der Friedens- und Sicherheitsrat der AU als zentrales Beschlussfassungsorgan, ein kontinentweites Frühwarnsystem (CEWS), ein Rat der Weisen, der auf dem Gebiet der Konfliktverhütung und -beilegung tätig werden soll, sowie eine afrikanische Bereitschaftstruppe (ASF) für Friedensmissionen. Die Stützpfeiler der übergreifenden Sicherheitsarchitektur der AU sind die subregionalen afrikanischen Organisationen, die über geeignete Strukturen und Initiativen einen Beitrag zu den Anstrengungen der AU leisten.

Beim Aufbau der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur sind erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Der Friedens- und Sicherheitsrat ist zu einem aktiven Beschlussfassungsorgan geworden. Der Aufbau der afrikanischen Bereitschaftstruppe und des kontinentweiten Frühwarnsystems ist zwar noch im Anfangsstadium, kommt jedoch voran. Der Rat der Weisen wurde inzwischen eingerichtet. Die Zahl der Vermittlungsbemühungen unter afrikanischer Federführung ist gestiegen und die AU engagiert sich zunehmend auf dem Gebiet der Post-Konflikt-Stabilisierung.

Neben politischen Initiativen für die Verhütung und Beilegung von Konflikten wurde eine Reihe von Friedensmissionen unter afrikanischer Führung auf den Weg gebracht – oftmals unter widrigen Naturbedingungen und in einigen Fällen in einem politisch hochsensiblen Kontext (z.B. AMIS, AMISOM).

Was tut die EU?

Die EU hat durch ihre verstärkten weltweiten Krisenbewältigungsbemühungen und dank des breiten Spektrums von Instrumenten (GASP/ESVP, Stabilitätsinstrument, humanitäre Hilfe, EEF), auf das sie in den verschiedensten Konfliktphasen zurückgreifen kann, in den vergangenen Jahren eine zunehmend wichtige Rolle übernommen. Mittlerweile verfolgt die EU in Fragen der Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem kurzfristige militärische und zivile Einsätze (Krisenbewältigungsinstrumente, Diplomatie) mit mittel- und langfristigen Stabilisierungs- und Entwicklungsmaßnahmen kombiniert werden. Die EU hat entschieden, aus dem 10. EEF im Zeitraum 2008-2010 einen Betrag von 300 Mio. EUR für die Afrikanische Friedensfazilität bereitzustellen, die 2004 eingerichtet und bis 2007 mit insgesamt 440 Mio. EUR aus dem 9. EEF unterstützt wurde. Mit diesen Mitteln soll Folgendes finanziert werden: Friedensmissionen unter afrikanischer Führung, einschließlich multidimensionaler Maßnahmen mit sowohl zivilen als auch militärischen Komponenten sowie der Kapazitätsaufbau im Rahmen der APSA, unter anderem in den Bereichen Frühwarnung sowie Planung, Durchführung und Überwachung von Maßnahmen, insbesondere durch Ausbildung der Afrikanischen Bereitschaftstruppe und der Regionalbrigaden. Der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der AU und der EU erstrecken sich auf ein breites Spektrum von Themen und werden mit einer Reihe von Finanzierungsinstrumenten unterstützt. So werden in Fragen der konventionellen Abrüstung regelmäßig Zielsetzungen und Maßnahmen geplant und unterstützt. Mit Hilfe des Afrikanischen Zentrums für Terrorismusstudien und -forschung (CAERT) werden zudem Initiativen im Bereich Terrorismusbekämpfung verfolgt. Zu den weiteren gemeinsamen Aufgaben und Fragestellungen gehören Wahlbeobachtungsmissionen, Initiativen zur Unterstützung der Übergangsgerechtigkeit, Vermittlungsbemühungen, kontinentale und regionale Frühwarnsysteme, die Verknüpfung von sicherheits- und entwicklungspolitischen Aspekten sowie die Kohärenz der Beziehungen der AU und der EU zu den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften. Das operationelle Engagement der EU in Afrika im Rahmen der ESVP reicht bis ins Jahr 2003 zurück; einige der bislang acht größeren ESVP-Missionen in Afrika laufen derzeit noch.

Was tut China?

Seit 1999 hat China weltweit zu 21 Friedensmissionen mehr als 7 000 Blauhelme – Militärbeobachter, Aufbautruppen und Zivilpolizisten – entsandt, d.h. mehr Blauhelme als von den restlichen ständigen Mitgliedern (P-5) des VN-Sicherheitsrates zusammen bereitgestellt wurden. Derzeit steht China von der Zahl der entsandten Blauhelme her an dreizehnter Stelle der Länder, die sich an Friedensmission beteiligen. Von den insgesamt 1 666 chinesischen Blauhelmen, die derzeit im Einsatz sind, sind 1 322 an den sieben augenblicklich laufenden VN-Missionen in Afrika beteiligt.

Der Finanzierungsanteil Chinas an den Beiträgen zu VN-Friedensmissionen belief sich im Jahr 2000 auf 0,995 %, 2001-2003 auf 1,540 % und 2004-2006 auf 2,053 %. Für 2007-2009 beträgt er 2,667 %. Damit ist der Finanzierungsanteil Chinas innerhalb von sieben Jahren um 168 % gestiegen. 2006 leistete China unter den 191 VN-Mitgliedstaaten den neuntgrößten Finanzbeitrag und unter den Entwicklungsländern, die den Vereinten Nationen angehören, den größten Finanzbeitrag. Der Finanzbeitrag Chinas zu den Friedensmissionen ist jedoch niedriger als die Beiträge der restlichen ständigen Sicherheitsratsmitglieder (P-5), außer im Vergleich zu Russland.

In den vergangenen Jahren hat China schrittweise mehr und mehr Erfahrungen im Rahmen von Blauhelmeinsätzen und als Ausbilder von Blauhelmen sammeln können. China ist daher längst nicht mehr nur reiner „Teilnehmer“ an den verschiedenen internationalen friedenserhaltenden Maßnahmen, sondern auch aktiver „Organisator“ auf diesem Gebiet.

Was könnten die drei Partner gemeinsam in Angriff nehmen?

- Ausbau des Dialogs über Herausforderungen im Bereich Frieden und Sicherheit, insbesondere im Rahmen von trilateralen Konsultationen über Themen, die auf der Agenda des VN-Sicherheitsrats und des Friedens- und Sicherheitsrats der AU stehen, wie etwa Krisensituationen, Friedensmissionen sowie Stabilisierung und Wiederaufbau nach Konflikten in Afrika.
- Einrichtung eines strukturierten trilateralen Dialogs über die Friedenskonsolidierung, Lösungsansätze nach einer Konfliktebeilegung, Krisenprävention und -reaktion, menschliche Sicherheit und die sicherheitspolitischen Auswirkungen der Gefährdung Afrikas durch den Klimawandel. In diesem Rahmen könnten Tagungen auf Beamten- oder Expertenebene sowie gegebenenfalls regelmäßige oder Ad-hoc-Konsultationen der Sonderbeauftragten stattfinden.
- Koordinierte Unterstützung der EU und Chinas für verschiedene Elemente der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur durch bessere Abstimmung der Unterstützung, Kapazitätsausbau und Schulungen.
- Ermittlung verlässlicher Finanzierungsquellen für Friedensmissionen unter afrikanischer Führung, beispielsweise durch i) verstärkte Koordinierung der Unterstützung für friedenserhaltende Maßnahmen Afrikas, ii) eine mögliche Zusammenarbeit mit China im Rahmen der Friedensfazilität für Afrika, iii) Konsultationen/Koordinierung, mit dem Ziel im Rahmen von Kapitel VIII der VN-Charta einen VN-Mechanismus einzurichten, der für eine verlässliche, flexible und nachhaltige Finanzierung von friedenserhaltenden Maßnahmen sorgt, die von der AU oder afrikanischen subregionalen Organisationen durchgeführt werden.

Modalitäten:

Der trilaterale Dialog kann im Rahmen der bisherigen Modalitäten organisiert werden (z.B. Troika-Tagungen). Ins Auge gefasst werden könnten zudem Ad-hoc-Gespräche zwischen den Leitern der Delegationen der EU, Sonderbeauftragten der EU (EUSR) und Chinas für spezifische Krisenregionen und ihren AU- oder regionalen Gesprächspartnern sowie nach Möglichkeit den Vereinten Nationen. Modalitäten für einen politischen Dialog auf Ministerebene müssten möglicherweise speziell vereinbart werden. Einen wertvollen Beitrag könnte hierzu ein trilateraler Thinktank-Dialog unter Beteiligung von Beamten aller drei Seiten leisten, bei dem zentrale Fragen eingehend und strukturiert erörtert werden. Ein Beamtenaustausch würde ebenfalls diesem Ziel dienen. Der Vorschlag für die Einrichtung eines regelmäßigen und stärker strukturierten Dialogs – insbesondere im Bereich Frieden und Sicherheit – wird in einem gemeinsamen Papier mit dem Generalsekretariat des Rates genauer ausgearbeitet werden.

Anhang 2: Infrastrukturpartnerschaft

Der Infrastrukturbedarf Afrikas ist enorm. Ausgehend von der EU-Strategie für Afrika und dem afrikanischen Infrastrukturaktionsplan wurde im Rahmen der Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika beschlossen, den Bedarf im Bereich des Ausbaus der Infrastrukturverbindungen auf kontinentaler, regionaler und Länderebene zu ermitteln und zu kartieren. China verfolgt in Afrika ebenfalls eine breit angelegte Investitions- und Infrastrukturentwicklungsstrategie, vor allem in den Bereichen Wasserkraft und Schienenverkehr aber auch im Straßen- und Wassersektor. Die Chinesische Entwicklungsbank war vertreten, als im Oktober 2007 in Addis Abeba die Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika offiziell lanciert wurde und nahm an einer ersten Arbeitstagung mit der Europäischen Kommission teil. Hieraus könnte sich eine engere institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und der Chinesischen Entwicklungsbank ergeben.

1. Die trilaterale Zusammenarbeit könnte **Synergieeffekte bewirken und allen Partnern Effizienzgewinne bei der Umsetzung einbringen**. Ein erfolgreicher Dialog würde den Ausbau der **Infrastrukturverbindungen in Afrika** voranbringen, wobei die kontinentalen und regionalen Netze und das Schließen von Verbundlücken innerhalb von Ländern und zwischen Regionen im Vordergrund stehen sollten.

KASTEN 3: Infrastruktur – Zusammenarbeit bei der Förderung des Aufbaus von Infrastrukturverbindungen in Afrika

Was tut Afrika?

Im Jahr 2002 legte die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) in Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Entwicklungsbank ein umfassendes Programm für die Entwicklung der afrikanischen Infrastruktur vor, dessen Hauptteile der „Kurzfristige Infrastrukturaktionsplan“ (STAP) und die NEPAD-Fazilität zur Vorbereitung von Infrastrukturvorhaben (NEPAD-IPPF, 2003) sind. STAP enthält ein kohärentes und strukturiertes Konzept für den Aufbau regionaler und kontinentaler Infrastrukturnetze. Im Vordergrund stehen Programme für den Aufbau von Kapazitäten, Förder- und Investitionsprojekte sowie Studien. Im Rahmen von STAP wurden mehrere Leitprojekte ermittelt, die aufgrund ihrer kontinentalen Bedeutung und Auswirkungen oberste Priorität haben. Dazu gehören u.a. die folgenden Projekte: Rehabilitation der Inga-Staudämme I und II, Stromverbundnetze westliches und südliches Afrika, westafrikanische Gaspipeline, westafrikanisches Straßenverkehrsprogramm, ostafrikanisches Handels- und Verkehrsförderprogramm, zentralafrikanisches Handels- und Verkehrsförderprogramm (CEMAC), regionales Programm für Kommunikationsinfrastrukturen, Entwicklungsplanung für die Flussgebiete des Nil und des Senegal-Flusses. Die Gesamtinvestitionskosten der STAP-Projekte werden auf 8 Mrd. USD veranschlagt; die Hälfte dieses Betrags soll der Privatsektor aufbringen. NEPAD-IPPF unterstützt die afrikanischen Länder, die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und die damit zusammenhängenden Einrichtungen bei der Ausarbeitung qualitativ hochwertiger und tragfähiger Infrastrukturprojekte und -programme. Ein weiteres Ziel von NEPAD-IPPF ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliche Beteiligungen im Infrastruktursektor.

Was tut die EU?

Die EU unterstützt die genannten afrikanischen Initiativen im Rahmen der Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika. Infrastrukturinvestitionen gehören in 35 Ländern Subsahara-Afrikas zu den Entwicklungsprioritäten der Gemeinschaft. Unter Einbeziehung des Infrastruktur-Treuhandfonds EU-Afrika dürften sich die diesbezüglichen Investitionen im Zeitraum 2008-2013 auf 5,6 Mrd. EUR belaufen. Mit Ausnahme der Treuhandfonds-Investitionen betreffen nahezu sämtliche Investitionen den Straßenverkehr, wobei ein beträchtlicher Teil der Mittel in das transkontinentale afrikanische Fernstraßennetz (Trans-African Highway Corridors) fließen soll. Beim Treuhandfonds stehen derzeit Investitionen in den Energiesektor (Gewinnung und Verbundnetze) im Vordergrund.

Was tut China?

China investiert in mehr als 35 afrikanischen Ländern, wobei der Großteil der Mittel nach Nigeria, Angola, Sudan, Äthiopien sowie in die Demokratische Republik Kongo fließt. Investitionsschwerpunkte sind Wasserkraftwerke und der Schienenverkehr; auf diese Bereiche entfielen im Zeitraum 2001-2007 Investitionen in Höhe von rund 3,3 bzw. 4 Mrd. USD. Für den IKT-Sektor lieferte China Ausrüstung im Wert von

3 Mrd. USD, während die Investitionen in den Straßen- und den Wassersektor mit 700 Mio. USD vergleichsweise niedrig ausfielen.

Was könnten die drei Partner gemeinsam in Angriff nehmen?

- Einbeziehung Chinas in den kontinentalen und regionalen Dialog, den die Kommission der Afrikanischen Union und die Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften mit der Europäischen Kommission und den EU-Mitgliedstaaten führen sowie Zusammenarbeit im Rahmen der Infrastrukturpartnerschaft EU-Afrika.
- Zusammenarbeit mit China auf regionaler Ebene, um prioritäre Maßnahmen für die multimodalen transafrikanischen Verkehrskorridore (Straßen- und Schienenverkehr, Häfen) und die Stromversorgungs- und Telekommunikationsnetze zu ermitteln.
- Aufbau informeller gemeinsamer Fachteams, in denen ein Austausch über Politiken, Strategien und bewährte Verfahren im Bereich des Korridorkonzepts (kontinentale und regionale Korridore) und für sektorspezifische Konzepte auf Länderebene stattfindet.
- Ausbau der in einigen Ländern bereits laufenden Zusammenarbeit im Infrastrukturbereich.
- Überlegungen zu einem möglichen künftigen Verfahren für die Zusammenarbeit im Rahmen spezifischer Programme/Projekte (insbesondere im Infrastrukturbereich), auch im Hinblick auf Möglichkeiten für parallele und gemeinsame Konfinanzierungen bei Infrastrukturgroßprojekten.

KASTEN 4: Inga-Staudamm: Sicherung der Energieversorgung in Afrika

Lediglich 7 % des Wasserkraftpotenzials in Afrika werden ausgeschöpft. Der Fluss Kongo weist ein Wasserkraftpotenzial von fast 40 000 MW auf, von denen derzeit jedoch nur 1 775 MW genutzt werden (Inga I und II). Die Ausschöpfung dieses Potenzials ist eines der Schlüsselziele der Energieagenda AU-Kommission/NEPAD, die darauf ausgerichtet ist, den Bedarf an Verbundnetzen auf dem Kontinent zu decken und die Energieversorgungssicherheit in Afrika erheblich zu verbessern.

Studien zum weiteren Ausbau von Inga haben die technische Durchführbarkeit der Projekte „Inga III“ und „Grand Inga“ gezeigt. Inga III dürfte genügend überschüssige Erzeugungskapazitäten für ein neues regionales Stromexportsystem bieten. Grand Inga könnte die größte Stromerzeugungsanlage in Afrika mit einer Kapazität von 39 000 MW werden.

Im Rahmen EU-Afrika-Partnerschaften für Infrastruktur und Energie und des Infrastrukturkonsortiums für Afrika ist die EU bereit, Gespräche über Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Megaprojekts auszurichten. China und wichtige afrikanische Partner, die sich im Oktober 2007 an der Einleitung der Infrastrukturpartnerschaft in Addis Abeba beteiligt haben, könnten Möglichkeiten der trilateralen Zusammenarbeit beim Inga-Projekt ausloten und diese Zusammenarbeit organisieren.

Auf Länderebene sollte die trilaterale Zusammenarbeit einen gezielten Dialog mit chinesischen Ministerien und Investitionsbanken umfassen. In diesem Rahmen sollten auch informelle gemeinsame Fachteams aufgebaut werden, in denen ein Austausch über Politiken, Strategien und bewährte Verfahren stattfindet. Im Rahmen des Dialogs könnten zunächst die gemeinsamen Interessen und Probleme ermittelt werden. Anschließend könnte erörtert werden, wie eine möglichst große Nachhaltigkeit der Investitionen erzielt und die verbesserten Infrastrukturen und Dienstleistungen möglichst vorteilhaft genutzt werden könnten.

Durch ein solches Vorgehen könnten die trilateralen Bemühungen besser in die auf Länderebene insgesamt unternommenen Bemühungen um die Koordinierung der Maßnahmen der Entwicklungspartner integriert werden, mit denen die Grundsätze der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit – Eigenverantwortung, Partnerausrichtung und Harmonisierung – umgesetzt werden sollen. Eine engere Abstimmung der praktischen Vorgehensweisen zwischen den afrikanischen Einrichtungen, der Europäischen Kommission, China und anderen Gebern wäre für die afrikanischen Partner generell von Vorteil, da sich dadurch die Transaktionskosten verringern ließen und die Hilfe für den Infrastruktursektor effizienter abgewickelt werden könnte.

Modalitäten

Die EU und China sollten ihren Dialog mit Afrika im Rahmen des Infrastrukturkonsortiums für Afrika führen und beispielsweise im Rahmen von Briefwechseln mit interessierten Einrichtungen gemeinsame Maßnahmen vereinbaren. Sofern zweckmäßig sollten auch auf Länder- und auf Regionalebene Konsultationen stattfinden.

Die Kenntnisse über die jeweiligen Arbeitsmethoden, Konzepte und Verfahren könnten durch einen Beamtenaustausch zwischen zentralen Verwaltungsstellen und Workshops mit Experten beider Seiten vertieft werden.

Anhang 3: Partnerschaft zur Förderung der Umwelt und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen

Eine der Hauptherausforderungen für die afrikanischen Länder und die internationale Gemeinschaft im 21. Jahrhundert ist die Frage der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen. Die Nachfrage nach afrikanischen Ressourcen ist eine Chance für den Kontinent, doch wenn der Bergbau und andere Wirtschaftstätigkeiten positive Effekte auf die nachhaltige Entwicklung haben sollen, müssen die Sozial- und Umweltverträglichkeit sichergestellt werden. Die Einnahmen, die den Regierungen aus diesen Wirtschaftszweigen zukommen, müssen transparent erwirtschaftet und für die langfristige Entwicklung eingesetzt werden. Ein Austausch zwischen etablierten und neuen Akteuren über gesammelte Erfahrungen und bewährte Vorgehensweisen könnte die Geschäftswelt – wo sich diese Probleme am häufigsten stellen – stärker für diese Fragen sensibilisieren (beispielsweise im Kontext der OHADA und deren „Traité relatif à l'harmonisation du droit des affaires en Afrique“ – „Vertrag über die Vereinheitlichung des Handelsrechts in Afrika“).

In ihrer Gemeinsamen Strategie Afrika-EU haben die Afrika und die EU vereinbart, ihre Zusammenarbeit bei internationalen Initiativen zur Bekämpfung des illegalen Handels und zur Förderung der transparenten und fairen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen wie etwa dem Kimberley-Zertifizierungsprozess, FLEGT (Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor) und EITI (Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft) zu verstärken. 16 afrikanische Länder haben bereits die EITI-Validierung beantragt; die Bedeutung der EITI wurde von der EU ausdrücklich anerkannt. Im Bergbau und in anderen die Umwelt stark belastenden Förderindustrien müssen zudem Umweltschutzvorkehrungen getroffen werden.

Daher könnten die in der Gemeinsamen Strategie Afrika-EU genannten multilateralen Initiativen – wie der Kimberley-Prozess, EITI und FLEGT – als Ausgangspunkte des trilateralen Dialogs und der trilateralen Zusammenarbeit mit jenen afrikanischen Ländern, die sich diesen Initiativen angeschlossen haben, genutzt werden.

KASTEN 5: Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen: Forstwirtschaft

Afrika, die EU und China haben sich auf politischer Ebene – insbesondere im Rahmen der Ministererklärung von Jaunde zur Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor und neueren, auf EU-China-Gipfeln abgegebenen Erklärungen – dazu verpflichtet, die Rechtsdurchsetzung und verantwortungsvolle Politikgestaltung im Forstsektor (FLEG) zu gewährleisten und den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen. 2007 fand in China eine FLEG-Konferenz EU-China statt, zu der auch Vertreter einer Reihe afrikanischer Länder eingeladen waren.

Als Hauptabsatzmärkte für Holz aus Afrika können die EU und China die afrikanischen Bemühungen um eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und wirksame Regulierungsvorschriften für die afrikanischen Wälder unterstützen, beispielsweise durch Maßnahmen auf der Nachfrageseite – etwa im öffentlichen Beschaffungswesen – sowie durch die Entwicklungszusammenarbeit und die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.

Möglichkeiten für gemeinsame Maßnahmen könnten sich in den folgenden Bereichen bieten:

- Unterstützung nationaler Initiativen in den afrikanischen Ländern, durch die geklärt werden soll, was legaler Holzeinschlag ist.
- Unterstützung der dreiseitigen Zusammenarbeit zwischen den privatwirtschaftlichen Holzherzeugern in Afrika, der Holzverarbeitungsindustrie in China und dem europäischen Einzelhandel.
- Technische Unterstützung für Regierungsstellen, lokale Gemeinschaften und den Privatsektor im Hinblick auf eine bessere Waldbewirtschaftung und Wiederaufforstungsmaßnahmen.
- Die Initiative „Congo Basin Forest Partnership“, der sich die wichtigsten Akteure im Bereich Schutz und Bewirtschaftung der Wälder in Zentralafrika angeschlossen haben, könnte bei dieser Zusammenarbeit eine nützliche Rolle spielen.

- Überlegungen, wie Leitlinien und Vorschriften der chinesischen Regierung, die Beteiligung chinesischer Unternehmen an der VN-Initiative „Global Compact“ und die Arbeiten auf Ebene der „Internationalen Organisation für Normung“ (ISO) in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den europäischen und afrikanischen Akteuren genutzt werden könnten, um im Rahmen des unternehmerischen Handelns größere Entwicklungseffekte zu erzielen und die afrikanischen Länder bei der Durchsetzung entsprechender Rechtsvorschriften zu unterstützen.

Die nachhaltige Bewirtschaftung der Energieressourcen ist ein anderes wichtiges Thema der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, speziell vor dem Hintergrund des Klimawandels. Erneuerbare Energien könnten daher zu einem Schwerpunktthema des trilateralen Dialogs und der trilateralen Zusammenarbeit werden. Als einer der weltgrößten Treibhausgas-Verursacher nimmt China mittlerweile eine stärker proaktive Rolle bei den globalen Klimaschutzverhandlungen ein, so etwa bei den Beratungen im Rahmen des VN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen (UNFCCC). Chinesische Regierungsvertreter haben kürzlich darauf verwiesen, dass China nicht nur im eigenen Land Vermeidungsstrategien und Anpassungsmechanismen umsetzt, sondern auch Afrika auf diesem Gebiet durch Kapazitätsaufbau unterstützt, beispielsweise im Hinblick auf den im Kyoto-Protokoll vorgesehenen Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism, CDM). Die Europäische Kommission bemüht sich neben den EU-Mitgliedstaaten ebenfalls aktiv darum, in Afrika im Bereich Klimawandel Kapazitäten für Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen aufzubauen, die mit den grundlegenden Entwicklungszielen in Einklang stehen. Die Globale Allianz für den Klimaschutz gibt den Beteiligten die Möglichkeit, in diesem Bereich voneinander zu lernen, beispielsweise im Hinblick auf die durchgängige Berücksichtigung von Anpassungsmaßnahmen bei der Gewährung von Hilfeleistungen und die konkrete Ausgestaltung solcher Anpassungsmaßnahmen. Da es vor allem in den für den Klimawandel anfälligsten Ländern wesentlich ist, langfristige nationale Anpassungskapazitäten aufzubauen, schlägt die Kommission vor, zu prüfen, ob mit der AU-Kommission und China gemeinsame Maßnahmen des Kapazitätsaufbaus in den Bereichen Klimawandel und erneuerbare Energie durchgeführt werden können, möglicherweise unter Einbeziehung des CDM in seiner derzeitigen Form, sowie auch im Rahmen eines globalen Klimawandel-Abkommens für die Zeit nach 2012. Mit dem Globalen EU-Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien (GEEREF) hat die Europäische Kommission kürzlich eine Initiative auf den Weg gebracht, um den Technologietransfer und innovative Finanzierungsmechanismen für saubere Energie in den Entwicklungsländern zu fördern. Im Mittelpunkt werden Kleinprojekte stehen, für die kommerzielle Investoren im Allgemeinen kein Interesse zeigen. Besonderes Augenmerk wird der Deckung des Bedarfs in Subsahara-Afrika gewidmet. Es sollte geprüft werden, ob China zu dieser Initiative einen Beitrag leisten könnte.

Die Verminderung des Abfackelns von Gas ist ebenfalls ein wichtiger Teil der Bemühungen um die Senkung der Treibhausgasemissionen und des leichteren Zugangs zu sauberen Energiequellen. Die Europäische Kommission hat sich kürzlich der Weltbank-Initiative zur Verminderung des Gasabfackelns angeschlossen, an der sich zahlreiche europäische Unternehmen sowie afrikanische Länder und Unternehmen beteiligen. Es ist wichtig, nach Wegen für eine Beteiligung Chinas an dieser Initiative zu suchen.

Ein weiterer vielversprechender Bereich der Zusammenarbeit könnte die **Fischerei** sein. Als wichtige globale Akteure im Bereich der Fischerei tragen die EU und China gemeinsam Verantwortung dafür, dass die Überwachungs-, Kontroll- und Bestandsbewirtschaftungskapazitäten in Zusammenarbeit mit den betroffenen afrikanischen Küstenländern ausgebaut werden. Ausgehend vom Grundsatz der Eigenverantwortung Afrikas könnten China, die afrikanischen Länder und die EU sich gemeinsam darum bemühen, dass es den betreffenden Ländern in Zukunft gelingt, innerhalb ihrer

ausschließlichen Wirtschaftszonen und in den Gewässern, für die die regionalen Fischereiorganisationen zuständig sind, die Nachhaltigkeit der Fischbestände und anderer lebender Gewässerressourcen zu gewährleisten. Dieser Dialog und die Zusammenarbeit sollten im Rahmen der einschlägigen internationalen Übereinkünfte und Abkommen stattfinden (z.B. im Rahmen des VN-Übereinkommens über Fischbestände) und Partner, die diese Rechtsinstrumente noch nicht ratifiziert haben, sollten zur Ratifizierung ermutigt werden. Die drei Partner sollten den Dialog und die Zusammenarbeit verstärken, um im Rahmen des VN-Übereinkommens über Fischbestände und auf Ebene der regionalen Fischereiorganisationen auf eine größere Nachhaltigkeit der aquatischen Ressourcen zu dringen.

Die Vertragsparteien des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von gefährlichen Abfällen und ihrer Entsorgung, zu denen auch die EU, China und afrikanische Länder gehören, bemühen sich gemeinsam darum, Mensch und Umwelt vor den negativen Auswirkungen zu schützen, die mit dem Aufkommen, der Bewirtschaftung, der grenzüberschreitenden Verbringung und der Entsorgung gefährlicher und sonstiger Abfälle verbunden sind.

Modalitäten

Je nach Sektor kommen verschiedene afrikanische, bi- oder multilaterale Rahmenwerke für einen allgemeinen Politikdialog Betracht. Die bereits laufenden bilateralen Dialoge (z.B. im Rahmen von FLEGT oder des Kimberley-Prozesses) sollten fortgesetzt und gegebenenfalls erweitert werden. Bei Pilotmaßnahmen müssen die betroffenen Länder die Führung übernehmen; daher sollten derartige Maßnahmen von den drei Partnern auf Länderebene erörtert werden.

Die Kenntnisse über die jeweiligen Arbeitsmethoden, Konzepte und Verfahren könnten durch einen Beamtenaustausch zwischen zentralen Verwaltungsstellen und Workshops mit Experten beider Seiten vertieft werden.

Anhang 4: Partnerschaft zur Förderung der Ernährungssicherheit und der landwirtschaftlichen Produktion

Es kann nicht genug betont werden, wie wichtig Landwirtschaft und Viehzucht für die Wirtschaft Afrikas sind: In vielen Ländern ist die Landwirtschaft die Existenzgrundlage von 70 bis 90 % der Bevölkerung. Nahezu 40 % der afrikanischen Ausfuhrerlöse und 75 % der Wertschöpfung des be- und verarbeitenden Gewerbes werden über die Landwirtschaft erwirtschaftet, die auch 60 % der Arbeitsplätze stellt. Aufgrund der niedrigen Produktivität und der Abhängigkeit vom Regenfeldbau ist jedoch die Nahrungsmittelversorgung vor allem in Subsahara-Afrika in vielen ländlichen Gebieten nicht gesichert, sodass Unterernährung ein sehr weit verbreitetes Phänomen ist. Die Landwirtschaft hat eine Schlüsselfunktion für das Wirtschaftswachstum und direkten Einfluss auf die soziale Entwicklung, die Ernährungssicherheit und die nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung.

Der in jüngster Zeit zu verzeichnende Anstieg der Rohstoffpreise birgt sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die afrikanischen Länder. Während viele Rohstoff exportierende Länder positive volkswirtschaftliche Auswirkungen feststellen konnten, leiden die Nahrungsmittel- und Erdölnettoimporteure unter dieser Entwicklung, die vor allem die Armen hart trifft. Die in diesen Ländern festzustellenden Folgen für die ärmsten Bevölkerungsschichten drohen die bisherigen Fortschritte bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele zunichte zu machen. Gleichzeitig birgt der Anstieg der Nahrungsmittelpreise auch Chancen für die afrikanische Landwirtschaft, die durch eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen, mehr Investitionen und zusätzliche Unterstützung und Beratung potenziert werden könnten. Genau hierbei könnte die Partnerschaft zur Förderung der Ernährungssicherheit und der Landwirtschaft eine nützliche Rolle spielen.

Damit Afrika den innerafrikanischen Handel mit Nahrungsmitteln steigern kann und pflanzliche und tierische Agrarerzeugnisse aus Afrika leichter Zugang zu den internationalen Märkten finden, ist die Einhaltung von sanitären und phytosanitären Maßnahmen (SPS-Maßnahmen) unabdingbar. Für viele afrikanische Länder ist es jedoch schwierig, die SPS-Maßnahmen einzuhalten, da ihre personellen, technischen, institutionellen und finanziellen Kapazitäten zu gering und die Standards nicht ausreichend harmonisiert sind.

KASTEN 6: Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Produktion

Was tut Afrika?

Zur Stärkung der afrikanischen Landwirtschaft haben AU und NEPAD das „Umfassende Programm zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft“ (CAADP) auf den Weg gebracht. Im Rahmen des CAADP hat die AU zudem eine Gesamtvorstellung darüber entwickelt, welche Ergebnisse bis 2015 in der Landwirtschaft erzielt werden sollen.

Die CAADP-Initiative hat einen kontinentweiten Ansatz, baut jedoch auf den nationalen und regionalen Plänen für die Entwicklung der Landwirtschaft auf. Sie umfasst Kernprinzipien und –ziele, i) die eine Orientierungsgrundlage für die Länderstrategien und Investitionsprogramme bieten, ii) ein Peer Learning und Peer Reviews auf regionaler Ebene ermöglichen und iii) eine bessere Abstimmung und Harmonisierung der Entwicklungsbemühungen erleichtern sollen. CAADP bietet den Entwicklungspartnern wichtige Handlungsmöglichkeiten, um Fortschritte im Hinblick auf die Pariser Erklärung zu erzielen.

Im CAADP-Rahmen werden vier thematische „Pfeiler“ entwickelt, die als Strategierahmen für die nationalen und regionalen Programme dienen sollen: i) Boden- und Wasserbewirtschaftung, ii) Infrastruktur und Märkte, iii) Ernährungssicherheit und Ernährung und iv) landwirtschaftliche Forschung und Innovation. Für die nationalen und regionalen CAADP-Programme wurde ein spezifischer Prozess festgelegt, der Gesprächsrunden umfasst, in denen länderspezifische und regionale „Pakte“ (CAADP Compacts) zu den politischen Reformen und Leitlinien für die öffentlichen und privaten Investitionen und Maßnahmen entwickelt werden.

Was tut die EU?

Als langjähriger, starker Partner der afrikanischen Landwirtschaft hat die Europäische Kommission eine Vielzahl von Projekten und Programmen in den Bereichen, Agrarforschung und -produktion, Krankheitsbekämpfung, Bewirtschaftung der Ressourcen, Handelsförderung und Ernährungssicherheit unterstützt. Zudem wurden für den Zucker- und den Bananensektor besondere Programme eingerichtet und für andere Agrarrohstoffe wie Baumwolle, Kaffee und Kakao wird ebenfalls umfangreiche Hilfe bereitgestellt. Die Europäische Kommission hat ferner entscheidend dazu beigetragen, dass die Rinderpest auf dem afrikanischen Kontinent ausgerottet werden konnte. Auch die veterinärmedizinischen Kontrollsysteme wurden mit Unterstützung der Kommission deutlich gestärkt. Die Hauptunterstützungsinstrumente sind das thematische Programm zur Ernährungssicherheit und der Europäische Entwicklungsfonds. Im thematischen Programm zur Ernährungssicherheit sind im Zeitraum 2007-2010 umfangreiche Mittel für die Agrarforschung (230 Mio. EUR, davon wird ein großer Teil Afrika zugute kommen), für Informationssysteme zur Förderung der Ernährungssicherheit (65 Mio. EUR) und für eine auf die Politikformulierung, die Stärkung von Institutionen, die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und das Risikomanagement ausgerichtete Sonderzuweisung für Afrika (100 Mio. EUR) veranschlagt. Landwirtschaft und ländliche Entwicklung haben in den EEF-Unterstützungsstrategien für die afrikanischen Länder in den kommenden Jahren wieder deutlich mehr Gewicht als zuvor: 23 afrikanische Länder haben die Bereiche Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und/oder ländliche Entwicklung als Kooperationsschwerpunkte für den Zeitraum 2008-2013 gewählt. Insgesamt dürfte dies dazu führen, dass das jährliche Hilfeniveau im Durchschnitt deutlich über 400 Mio. EUR liegen wird.

Was tut China?

China hat neue Hilfszusagen für die folgenden Bereiche abgegeben: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, einschließlich Zusammenarbeit in der Landwirtschaft, Entwicklung der Agrarinfrastruktur, Unterstützung von Ackerbau und Viehzucht, Know-how-Austausch auf dem Gebiet angewandte Agrartechnologie und entsprechender Technologietransfer, technische Hilfe und Wissenstransfer, Unterstützung bei der Herstellung von Landwirtschaftsmaschinen und bei der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Bis Ende 2009 will China zudem mehr als 100 hochqualifizierte Agrarexperten nach Afrika entsenden, über den Kontinent verteilt 10 agrarwirtschaftliche Demonstrationsstandorte aufbauen und in Ländern, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, insgesamt 100 Schulen in ländlichen Gebieten bauen. Schwerpunktthema der im nächsten Jahr anstehenden Tagung des China-Afrika-Kooperationsforums (FOCAC) wird die Agrarproduktion sein.

Wie arbeiten China und die EU zusammen?

Die Europäische Kommission und China führen bereits seit längerem einen Dialog über den Aufbau einer „wissensgestützten Bio-Wirtschaft“ und die damit verknüpfte Forschungstätigkeit in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Aquakultur, Nahrungsmittel und Biotechnologien. Zudem haben chinesische Partner (die Chinesische Akademie für Agrarwissenschaften und das China National Center for Biotechnology Development) an von der EU finanzierten Forschungsprojekten zu den Themen Lebensmittelqualität und -sicherheit teilgenommen. Mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über Forschungsbereiche, in denen gemeinsame Maßnahmen entwickelt werden sollen, wurde ein weiterer Ausbau der Zusammenarbeit vereinbart. Als Forschungsbereiche wurden u.a. Vieh-, Pflanzen- und Fischzucht, Tierseuchen und deren Bekämpfung sowie die Lebensmittelsicherheit ausgewählt. Die EU und China bemühen sich zudem gemeinsam darum, in Koordinierung mit den anderen wichtigen internationalen Gebern und regionalen Organisationen die „Internationale Partnerschaft gegen Vogelgrippe und pandemische Grippe („International Partnership on Avian and Pandemic Influenza“) aufzubauen.

Was könnten die drei Partner gemeinsam in Angriff nehmen?

- Intensivierung der Agrarforschung und -innovation, Stärkung der institutionellen Zusammenarbeit und der Koordinierung zwischen den nationalen Agrarforschungssystemen und regionalen und internationalen Forschungsprogrammen, Förderung der Anwendung der Ergebnisse gemeinsamer Forschungsaktivitäten in Afrika, beispielsweise in den Bereichen Vieh-, Pflanzen- und Fischzucht, Tierseuchen und deren Bekämpfung, Tierarzneimittel und -impfstoffe, Impfstrategien sowie Lebensmittelsicherheit.
- Ausbau des Dialogs und der Zusammenarbeit zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und Ressourcenbewirtschaftung in Afrika.

Die trilaterale Zusammenarbeit könnte die landwirtschaftliche Produktivität und das Produktionsniveau Afrikas stärken und nachhaltig zu größerer Ernährungssicherheit beitragen, wobei die sozioökonomischen, ökologischen und gesundheitlichen Aspekte der Nahrungsmittelerzeugung zu berücksichtigen wären. Die Kommission schlägt vor, zu ermitteln, welche Synergien durch die trilaterale Zusammenarbeit in folgenden Bereichen

bewirkt werden könnten: landwirtschaftliche Forschung und Innovation mit besonderem Schwerpunkt auf Grundnahrungsmitteln (einschließlich Getreide) sowie Tierseuchenbekämpfung und Lebensmittelsicherheit mit besonderem Schwerpunkt auf der Definition und Einhaltung von sanitären und phytosanitären Standards. Die trilaterale Zusammenarbeit sollte in den Kontext des „Umfassenden Programms zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft“ (CAADP) eingebunden werden, das die langfristige Agenda für diesen Bereich beinhaltet.

Modalitäten

Schaffung gemeinsamer Forschungs- und Innovationsnetzwerke, die in die afrikanischen Strukturen und Initiativen integriert sind (z.B. Verknüpfung mit dem Forum für Agrarforschung in Afrika – FARA).

Beteiligung von Experten aus der EU und China an den „CAADP-Ländergesprächsrunden“, unter Anerkennung der Führungsrolle Afrikas.

Die Kenntnisse über die jeweiligen Arbeitsmethoden, Konzepte und Verfahren könnten durch einen Beamtenaustausch zwischen zentralen Verwaltungsstellen und Workshops mit Experten beider Seiten vertieft werden.

Anhang 5: Abkürzungsverzeichnis

AfDB	Afrikanische Entwicklungsbank
AMIS	Mission der Afrikanischen Union in Sudan
AMISOM	Mission der Afrikanischen Union in Somalia
APF	Friedensfazilität für Afrika
APRM	African Peer Review Mechanism
APSA	Friedens- und Sicherheitsarchitektur Afrikas
ASF	Afrikanische Bereitschaftstruppe
AU	Afrikanische Union
AUC	Kommission der Afrikanischen Union
CAERT	Afrikanisches Zentrum für Terrorismusstudien und -forschung
CDM	Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung
CEMAC	Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft
CEWS	kontinentweites Frühwarnsystem
DRK	Demokratische Republik Kongo
EK	Europäische Kommission
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EITI	Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft http://eitransparency.org/eiti
EITI-MDTF	von mehreren Gebern finanzierter EITI-Treuhandfonds
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU (MS)	Europäische Union (Mitgliedstaaten)
DI	Direktinvestitionen
FLEG	Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor
FLEGT	Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor http://ec.europa.eu/environment/forests/flegt.htm
FOCAC	China-Afrika-Kooperationsforum

GEEREF	Globaler Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien http://ec.europa.eu/environment/jrec/energy_fund_en.htm
GFTN	Global Forest Trade Network http://gftn.panda.org/
ICA	Infrastrukturkonsortium für Afrika
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
IWF	Internationaler Währungsfonds
ISO	Internationale Organisation für Normung
MDG	Millenniumsentwicklungsziele
NEPAD	Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
NEPAD-IPPF	NEPAD-Fazilität zur Vorbereitung von Infrastrukturvorhaben
NEPAD-iSTAP	kurzfristiger NEPAD-Infrastrukturaktionsplan
ODA	Öffentliche Entwicklungshilfe
OECD-DAC	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – Entwicklungshilfeausschuss
OHADA	Gemeinschaft für die Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechts in Afrika
PSC	Friedens- und Sicherheitsrat der AU
REC	Regionale Wirtschaftsgemeinschaften
RFO	regionale Fischereiorganisationen
SALW	Kleinwaffen und leichte Waffen
SSA	Subsahara-Afrika
VN	Vereinte Nationen
UNFCC	Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
UNFSA	VN-Übereinkommen über Fischbestände
UNSC	Sicherheitsrat der Vereinten Nationen
WB	Weltbank